

Wir fordern die unverzügliche Suspendierung von René Schimanek.

Und Walter Rosenkranz sollte niemals Nationalratspräsident geworden sein.

Im vermeintlichen Wirrwarr all der – seitens des DÖW gut dokumentierten – „Einzelfälle“ in der und im Umfeld der FPÖ vermag man einerseits rasch den Überblick zu verlieren. Andererseits läuft man schon aufgrund der Häufigkeit Gefahr, sich an den Irrsinn etlicher Geschehnisse und verwickelter Entwicklungen zu gewöhnen respektive an den allmählichen Abbau bestimmter gesellschaftspolitischer Mindeststandards, die jedoch nötig sind, um die niemals selbstverständlichen demokratischen Strukturen unseres öffentlichen Raums nicht sukzessive dem Verfall preiszugeben.

Deswegen möchte ich die jüngsten Ereignisse hier in Erinnerung rufen – wegen der gebotenen Kürze eines solchen Antrags natürlich simplifizierend beziehungsweise ohne jeden Anspruch auf Vollständigkeit: Im November 2024 fand im Rahmen der seitens des Verfassungsschutzes (in unterstützender Funktion der deutschen Sicherheitsbehörden) initiierten Ermittlungen gegen die „Sächsischen Separatisten“ (sie nennen sich: „SS“) auch eine Razzia in einem sich in Langenlois befindenden Anwesen statt. Es handelt sich um ein nahe der Burgruine Kronsegg gelegenes Objekt, das die niederösterreichische Gemeinde seit den 70ern an die Familie Schimanek vermietet oder verpachtet.¹ Dabei stießen die Einsatzkräfte auf etwa dreißig Kilogramm Munition (sowohl neuwertiges Zeug als auch Geschosse aus dem Zweiten Weltkrieg), diverse Ausrüstungsgegenstände und NS-Devotionalien. In dem Gebäude wollten sich die „Sächsischen Separatisten“ (als die „Eroberung“ von Gebieten in Ostdeutschland und die Errichtung eines sich am Nationalsozialismus orientierenden Staatsgebildes planende „deutsche Zelle“ einer internationalen Nazi-Bewegung) jedenfalls dereinst verschanzen – nach dem „Tag X“, also nach dem von der massiv antisemitischen und rassistischen terroristischen Vereinigung ersehnten Kollaps jeglicher sozialen Ordnung.

Nun hatte René Schimanek, im selbigen Ort blauer Stadtrat (Referent für Verkehr und Energie) sowie aktueller Büroleiter des derzeitigen Nationalratspräsidenten, bis vor kurzem seinen offiziellen Hauptwohnsitz genau dort. Erst einige Wochen nach der Durchsuchung des Anwesens erfolgte die Abmeldung.

¹ Die Stadt Langenlois will den Vertrag nun allerdings auflösen.

Rosenkranz, der sich – als er mit all dem, was da passierte, konfrontiert wurde – auf die Aussage seines Büroleiters berief und beruft, die da lautet, zum einen seit Jahren nicht mehr in dieser Residenz zu weilen und zum anderen weder mit dem Waffenlager noch der Miliz o.Ä. irgendetwas zu tun, ja, nichts davon gewusst zu haben, schließt eine Suspendierung Schimaneks aus. Auch scheint er die Aufregung gar nicht zu verstehen. Stattdessen verteidigt er seinen führenden Mitarbeiter. Es handle sich – maximal! und er kenne sowohl die Person als auch die „Aktenbestandteile“ – um ein „Meldevergehen“. Es gelte die Unschuldsvermutung, die nicht nur „dahingeplappert“ werden dürfe.

Nun mag die Geschichte wie der Plot eines Fernsehkrimis klingen:

Der offizielle Hauptwohnsitz des Büroleiters des Nationalratspräsidenten befindet sich in einem „Forsthaus“, das sich in paramilitärischer Leibeserziehung übende rechtsextremistische Recken als Stützpunkt und Rückzugsort für ihre Zukunft nach dem „Umsturz“ auserkoren haben – also für jene imaginierte Szenerie nach der gewaltsamen Zerschlagung der verhassten demokratischen Institutionen, nach der Außerkraftsetzung der Menschenrechte und nach den „ethnischen Säuberungen“ (im Grunde ist von der systematischen Ermordung von jüdischen Menschen sowie Migrantinnen und Migranten die unverblünte Rede). De facto war René Schimanek zumindest immer wieder vor Ort, nämlich zu Besuch.

Und was ist also die Reaktion des Nationalratspräsidenten, des Inhabers dieses würdevollen, zweithöchsten Amtes der Republik, wenn man ihn dazu befragt?

Nun, etwas wie: „Gehen Sie bitte weiter. Es gibt hier nichts zu sehen oder zu hören oder zu reflektieren und schon gar nichts zu beanstanden.“

René Schimanek – bereits bei Norbert Hofer tätig (Bürochef des Dritten Nationalratspräsidenten und von 2017 bis 2019 Kabinettschef des Verkehrs-, Innovations- und Technologieministers) – habe sich als „stets korrekt und verlässlich“ erwiesen.

Und gegen „Sippenhaftung“ müsse man die eigene Buberlpartie – vorausseilend unbedingt – sowieso stets in Schutz nehmen:

Denn als Mitgründer der „Sächsischen Separatisten“ beschuldigt sind die Neffen des Büroleiters (Jörg (der mit Waffenteilen und Militärstücken handelnde Rädelsführer) und Jörn),

die Söhne seines Bruders Hans Jörg Schimanek junior – seinerseits ein seit 1987 mit Gottfried Küssel in engem Kontakt stehender, 1995 wegen Wiederbetätigung verurteilter Neonazi und eifriger Organisator von Wehrsportübungstreffen, in deren Rahmen unter anderem auch den Kindern beigebracht worden sein soll, wie möglichst effizient gequält und getötet wird. In vielerlei Hinsichten erinnern Weltauffassung und Programm der „Sächsischen Separatisten“ im Übrigen an die Umrtriebe der VAPO. Freilich ist nicht nur der Herr Bruder kein unbeschriebenes Blatt. Die Todesanzeige des Ende 2024 verstorbenen Vaters Hans Jörg Schimanek (der Opa von Jörg und Jörn) – 1998 bis 2000 FPÖ-Landesparteiobmann in Niederösterreich; ab 2005 BZÖ-Mitglied (2008 ausgeschlossen) – zierte das ebenso von der SS verwendete Irminsul-Symbol².

1. Die Ermittlungen laufen. Es muss hier so viel noch geklärt werden. Jegliche weitere Beschäftigung von René Schimanek in einer solchen Position ist daher nicht akzeptabel und potentiell enorm gefährlich. (Schon Norbert Hofer verteidigte seinerzeit – auf ein altes Foto angesprochen (bereits Thema, als René S. für Justizminister Krüger tätig gewesen war) – seinen damaligen Büroleiter. 1987 nahm dieser – nämlich an der Seite des den Arm zum einschlägigen Gruß ausstreckenden Kameraden Küssel und des Bruders Hans Jörg jun. – an einer Neonazi-Demo teil: mit Schlagstock und Militärstiefeln.³)

² v.a. Symbol der SS-„Forschungseinrichtung“ „Deutsches Ahnenerbe“ bzw. „SS-Ahnenerbe“: beliebte Betätigungsfelder: Menschenversuche in KZs, Kunstraub etc.

³ Die damalige Rechtfertigung von René Schimanek: *„Ich war nie bei der VAPO. Ich habe damals bei einem Treffen meinen Bruder gegen die linken Chaoten verteidigt. Es wird doch noch zulässig sein, dass wir uns wehren.“* (vgl. Falter 06/2000)

2. Dass Walter Rosenkranz am 24.10.2024 mit 100 von 183 möglichen Stimmen zum Nationalratspräsidenten gewählt wurde, war bestenfalls – euphemistisch ausgedrückt – eine Dummheit.⁴ Ein schlimmer Fehler, diesen Mann mit Schmiss in das zweithöchste Repräsentantenamt der Republik zu hieven: jemanden, der sich als durch und durch „loyales“ Mitglied der deutschnationalen, schlagenden „Libertas“ begreift (der ersten Burschenschaft, die seinerzeit einen „Arierparagraphen“ (1878) eingeführt hatte; 2008 Verleihung des „Carl von Hohenegg-Preises“ an den neonazistischen „Bund freier Jugend“); jemanden, der erwiesenermaßen Verbindungen zu den Identitären pflegte; jemanden, der einen Nazi-Juristen wie Johann Karl Stich, der Widerstandskämpfer töten ließ, als „Leistungsträger“ bezeichnete (später meinte er, ein paar Dinge nicht gewusst zu haben, aber bis heute mochte er keinerlei Worte finden, für seine damalige Huldigung um Entschuldigung zu bitten); jemanden, der Hans Giebisch (NSDAP-Beitritt 1933, „Bund deutscher Schriftsteller Österreichs“) lobte oder Mirko Jelusich, den antisemitischen „Feuilleton (Theater, Kunst)“-Redakteur der „Deutsch-Österreichischen Tages-Zeitung (DÖTZ)“; jemanden, der den deutschnationalen Abgeordneten (Verfassungsgerichtshofsmitglied der Ersten Republik) und antisemitischen Ideologen („Antisemitenbund“ usw.) Julius Sylvester ein politisches Vorbild nennt (noch Ende 2024).

Einem solchen Wes-Geistes-Kind ja auch den Vorsitz des Nationalfonds der Republik Österreich für die Opfer des Nationalsozialismus und jenen für den Fonds zur Instandsetzung der jüdischen Friedhöfe und den Simon-Wiesenthal-Preis übertragen zu haben, bedeutet einen heftigen Affront, insbesondere gegen die jüdische Community.

Dass jemand wie Walter Rosenkranz das Amt des Nationalratspräsidenten bekleidet, bleibt unerträglich und ein Angriff auf das Ideal eines „antifaschistischen Grundkonsens“ (den es realpolitisch leider auch bisher nie gegeben hat).

Isabella Breier,

Wien, 20.02.2025

⁴ Bereits kurz danach bestätigten sich diesbezügliche Befürchtungen jener, welche die vorherrschende und unglücklicherweise mehrheitsfähige Argumentation (à la: „naja, Usancen halt!“) in diesem Fall als geschichtsvergessene Schande bewerteten: Das erste, exklusive Interview gewährte er der rechtsextremen Plattform AUF1. Und der erste internationale, im Parlament empfangene Gast hieß Orbán.